



03.06.2014 15:14

Schmerzmedizinische Versorgung verbessern !

Thomas Isenberg Bundesgeschäftsstelle - Deutsche Schmerzgesellschaft e.V.

Beschluss des 117. Ärztetages setzt wichtige Signale für die weitere Ausgestaltung der Schmerzmedizin in Deutschland - Schmerzmedizinische Versorgung stärken!

Der Zugang zu einer wirksamen, oftmals professionsübergreifenden Schmerztherapie ist ein Menschenrecht und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe", so Prof. Dr. Dr. Thomas R. Tölle. Alle Akteure des Gesundheitswesens und der Politik müssen verstärkt zusammenarbeiten, um bestmögliche und frühzeitige Schmerzlinderung zu gewährleisten", fordert der Präsident der Deutschen Schmerzgesellschaft, der mit rund 3.400 Mitgliedern größten wissenschaftlichen Fachgesellschaft in Europa im Bereich der Schmerzmedizin.

Berlin, 3. Juni 2014. Die Deutsche Schmerzgesellschaft begrüßt den Beschluss des 117. Deutschen Ärztetags zur Verbesserung der schmerzmedizinischen Versorgung. In einem Entschließungsantrag (vgl. Anlage) hat der 117. Deutsche Ärztetag festgestellt, dass derzeit für viele Patienten kein niedrigschwelliger Zugang zu den erforderlichen schmerzmedizinischen Versorgungsebenen existiert und dies dringend verbessert werden muss.

Zu den Entschließungsanträgen des Ärztetages gehört einerseits die Verbesserung der Akutschmerztherapie in den Krankenhäusern, aber auch die Ausgestaltung und Koordination der ambulanten strukturierten Versorgung chronischer Schmerzen, die Sicherstellung der Erreichbarkeit von qualifizierten Schmerztherapeuten u.a. durch eine Neuausrichtung der Bedarfsplanung sowie die Stärkung der Aus-/Fort- und Weiterbildung. Als besonders wichtiger Punkt der Entschließungen muss die konsequente Berücksichtigung schmerztherapeutischer Einrichtungen in der Bedarfsplanung der vertragsärztlichen Versorgung betrachtet werden. Die Deutsche Schmerzgesellschaft fordert daher, die gesetzlichen Grundlagen der vertragsärztlichen Bedarfsplanung und ihre Ausgestaltung in der Bedarfsplanungsrichtlinie zu reformieren, um zukünftig im Hinblick auf eine bessere und nachhaltigere Versorgung von Schmerzpatienten die notwendigen Sicherheiten zu schaffen.

Ganz in diesem Sinne hat zeitgleich auch der Marburger Bund in seiner 125. Hauptversammlung am 24.5.2014 im Beschluss Nr. 10 festgehalten, dass trotz deutlicher Ausweitung der Behandlungskapazitäten für Patienten mit chronischen Schmerzen immer noch Lücken in der Versorgung sowohl im ambulanten als auch im stationären Sektor bestehen. Die Hauptversammlung des Marburger Bundes fordert daher den Gemeinsamen Bundesausschuss auf, die

Versorgungslücken in der sektorenübergreifenden schmerztherapeutischen Versorgung zu schließen und eine Integration der bestehenden Einzelmaßnahmen in multimodale interdisziplinäre Therapiekonzepte zu fördern. Die Deutsche Schmerzgesellschaft sieht die aktuelle Entwicklung und das dezidierte Bekenntnis zur Notwendigkeit der Verbesserung der schmerzmedizinischen Versorgung sowohl vom Deutschen Ärztetag als auch der Hauptversammlung des Marburger Bundes als echte Chance an.

"Der Zugang zu einer wirksamen, oftmals professionsübergreifenden Schmerztherapie ist ein Menschenrecht und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe", so Prof. Dr. Dr. Thomas R. Tölle. Alle Akteure des Gesundheitswesens und der Politik müssen verstärkt zusammenarbeiten, um bestmögliche und frühzeitige Schmerzlinderung zu gewährleisten", fordert der Präsident der Deutschen Schmerzgesellschaft, der mit rund 3.400 Mitgliedern größten wissenschaftlichen Fachgesellschaft in Europa im Bereich der Schmerzmedizin.

Einzelschritte, wie etwa die aktuelle Diskussion über strukturierte Behandlungsprogramme für chronisch Kranke zur Behandlung von Rückenschmerzen stimmen hoffnungsvoll, müssen aber an einem nötigen nationalen Gesundheitsziel "Schmerzen vermindern" gemessen werden. Diesbezüglich erneuert die Deutsche Schmerzgesellschaft ihre Forderung, die vielfältigen Einzelmaßnahmen offiziell seitens der Gesundheitspolitik in einem umfassenderen Nationalen Aktionsplan gegen den Schmerz zu bündeln und diesbezüglich beispielsweise auch auf Fachebene des Bundes und der Länder eine spezifische Arbeitsgruppe einzurichten.

Ebenfalls mit dem Ziel einer Gemeinschaftsaktion führt die Deutsche Schmerzgesellschaft in Kooperation mit anderen Verbänden und Fachgesellschaften das 1. Nationale Schmerzforums am 17. September 2014 in Berlin durch. Zusammen mit dem Aktionstag gegen den Schmerz am 3. Juni 2014 sollen so bei Patienten, Behandlern und politischen Meinungsbildern mehr Bewusstsein geschaffen und alle Kräfte für eine Verbesserung der Situation und Versorgung der Schmerzpatienten mobilisiert werden.

Weitere Informationen zum Themenfeld entnehmen Sie bitte der Homepage der Deutschen Schmerzgesellschaft www.dgss.org. Lesen Sie gerne auch die Antwort der Bundesregierung vom Herbst 2013 (BT-Drucksache 17/14631) auf die kleine Anfrage zum Thema "Versorgungslage chronisch schmerzkranker Menschen" und bezüglich der Defizite der Akutschmerzversorgung in Krankenhäusern den offiziellen HAT-Bericht 126 des DIMDI im Geschäftsbereich des Bundesgesundheitsministeriums. Den Beschluss des 117. Deutschen Ärztetags finden Sie anbei.

Ansprechpartner für die Presse / Fachöffentlichkeit:

Thomas Isenberg, Geschäftsführer der Deutschen Schmerzgesellschaft e.V. - Deutsche Schmerzgesellschaft e.V., Bundesgeschäftsstelle, Alt-Moabit 101 b, 10559 Berlin - Telefon: 030-39409689-0, Funktel: 0171-7831155, Fax: 030-39409689-9

isenberg@dgss.org

Weitere Informationen:

<http://www.dgss.org>

Anhang/Download : Beschluss 117. Deutscher Ärztetag

[attachmentdata36413.pdf](#)

Merkmale dieser Pressemitteilung:

Journalisten, Wissenschaftler - Ernährung / Gesundheit / Pflege, Gesellschaft, Medizin, Politik –
überregional - Buntes aus der Wissenschaft, Wissenschaftspolitik - Deutsch

